

Mehr Dynamik für die Wirtschaft

Datum 4.10.2026
Subjekt Landeszentralbank Hessen
Autor Joachim Nagel
Region Germany
Kategorie Economy, Politics

Es gilt das gesprochene Wort.

- 1 Begrüßung
- 2 Deutsche Wirtschaft: konjunkturell im Aufwind, doch Potenzialwachstum weiterhin schwach
- 3 Zur Debatte um die Rentenreform
- 4 Digitaler Euro
- 5 Schluss

1 Begrüßung

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Öllermann Diestel,
sehr geehrte Mitglieder der Kaufmannschaft zu Rostock,
meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen sehr herzlich, dass Sie mich als Gastredner zu dieser traditionsreichen Festveranstaltung eingeladen haben.

Die Jahresköste der Rostocker Kaufmannschaft kann auf jahrhundertealte Wurzeln zurückblicken. Doch im 20. Jahrhundert gab es sie fünf Jahrzehnte lang nicht. Der sozialistischen Planwirtschaft war der Unternehmergeist von selbständigen Kaufleuten offenkundig suspekt. Erst die Wende und der Übergang zur sozialen Marktwirtschaft ermöglichten es, die Tradition wiederzubeleben.

Morgen ist es 36 Jahre her, dass Deutschland wiedervereinigt wurde. Und ich freue mich sehr, dann mitzufeiern.

Für die Bundesbank war der 1. Juli 1990 sicherlich ein besonders aufregendes Ereignis: An diesem Tag wurde die D-Mark zur offiziellen Währung in der DDR. Daran können sich bestimmt noch viele von Ihnen erinnern.

Das ganze Land auf einen Schlag mit Bargeld zu versorgen, war ein logistischer Kraftakt, zumal die Vorbereitungszeit recht kurz war. Und in Rostock unterhält die Bundesbank seit 1990 eine Filiale.

Wie jedes Jahr zum 3. Oktober lesen wir nun wieder Statistiken, die die neuen Bundesländer mit den alten vergleichen. Etwa, dass in den neuen Bundesländern die (nominale) Wirtschaftsleistung pro Kopf immer noch rund 28 Prozent unter dem Westniveau liegt. [1] Solche pauschalen Ost-West-Vergleiche überdecken jedoch, dass es hier wie da wirtschaftlich starke und strukturschwache Regionen gibt.

Auch innerhalb von Mecklenburg-Vorpommern gibt es erhebliche Unterschiede. Das wissen Sie besser als ich. Vom boomenden Inlandstourismus, der maritimen Wirtschaft und der Energiewende profitieren in Mecklenburg-Vorpommern besonders die küstennahen Regionen. Strukturell

schwächere Räume, insbesondere in Teilen Vorpommerns, stehen dagegen vor größeren Herausforderungen.

In den Hansestädten Rostock, Wismar und Stralsund hat sich die Wirtschaftsstruktur seit dem Niedergang der traditionellen Werftindustrie deutlich verändert, wobei dieser Strukturwandel noch nicht abgeschlossen ist. Besonders Rostock hat sich jedoch zu einem erfolgreichen Wissenschafts- und Technologiestandort mit innovativen Unternehmen entwickelt.

Zudem ist es wunderschön hier oben! Kein Wunder, dass so viele Deutsche hier gerne Urlaub machen.

2 Deutsche Wirtschaft: konjunkturell im Aufwind, doch Potenzialwachstum weiterhin schwach

Konjunkturell sieht die Lage in Deutschland derzeit gar nicht so schlecht aus. Im ersten Halbjahr 2026 hat sich die Wirtschaft deutlich besser entwickelt als noch vor wenigen Monaten erwartet. Sie ist auf Erholungskurs. Angesichts der Belastungen durch die Zoll-Eskapaden und den Nahost-Konflikt ist das durchaus bemerkenswert.

Es könnte gut sein, dass wir im Jahresdurchschnitt ein reales Wirtschaftswachstum um 1 Prozent sehen werden. Nach drei Jahren Stillstand wäre das tatsächlich ein kleines Ausrufezeichen.

Ein Treiber der Konjunktur ist das Fiskalpaket des Bundes, also die schuldenfinanzierten zusätzlichen Staatsausgaben mit dem Schwerpunkt auf Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz. Kräftige Impulse gehen derzeit zudem von der Auslandsnachfrage aus. Die Exportnation Deutschland profitiert gerade von einer erstaunlich robusten Weltwirtschaft.

Die aktuelle Erholung sollte uns jedoch nicht davon abhalten, gezielt an der Stärkung unserer strukturellen Wachstumsfaktoren zu arbeiten.

Das Potenzialwachstum der deutschen Volkswirtschaft liegt 2026 nach Schätzung unserer Fachleute bei gerade mal 0,4 Prozent.[2] Es beschreibt, wie schnell die Produktionsmöglichkeiten wachsen, und ist daher so etwas wie das mittel- bis langfristige Trendwachstum. Vor einem Jahrzehnt wuchsen diese noch drei- bis viermal so schnell.

Der Rückgang hat drei Hauptgründe: Mit dem Renteneintritt der Babyboomer fehlen zunehmend Arbeitskräfte, die Unternehmen investieren wenig, und die Produktivität steigt kaum.

Um mehr Dynamik in die Wirtschaft zu bekommen – wenn wir also in Deutschland wieder regelmäßig Wachstumsraten von 1 Prozent und mehr sehen wollen – müssen wir an den genannten Schwachpunkten ansetzen.

Zum einen müssen wir dem demografisch bedingten Rückgang des Arbeitsangebots entgegenwirken. Etwa indem wir Frauen Anreize geben, mehr in Vollzeit zu arbeiten. Da war der Osten schon immer weiter als der Westen.

Indem wir Älteren keine Anreize mehr geben, vorzeitig in den Ruhestand zu gehen. Und indem wir eine geregelte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Letzteres setzt allerdings voraus, dass Menschen aus anderen Ländern bei uns auch willkommen sind. Ohne Zuwanderung werden wir unseren Wohlstand nicht halten können.

Zum anderen muss es – und da renne ich hier vermutlich offene Türen ein – Unternehmen leichter

gemacht werden, zu wirtschaften: durch eine schnellere, möglichst vollständig digitale Verwaltung, durch weniger Bürokratie, gerne auch durch zentrale Anlaufstellen, die alle nötigen Behördengänge bündeln, um zum Beispiel ein Unternehmen zu gründen. Dann wird auch die Investitionsbereitschaft wieder steigen.

Kurz nach der letzten Bundestagswahl habe ich in einer Rede ausführlich dargelegt, was zu tun wäre.[3] Ich will das hier nicht im Detail wiederholen. Was ich eineinhalb Jahre später jedoch feststellen kann: Die Bundesregierung hat vieles davon in Angriff genommen.

Vorwürfe an die Regierung, sie tue zu wenig für die Wirtschaft, halte ich deshalb für unangebracht. Ich nehme ja regelmäßig an Kabinettsitzungen teil und kann Ihnen versichern: Das Problembewusstsein ist da – und der Wille, die Probleme zu beheben, auch.

Klar ist allerdings auch, dass manches noch schneller und beherzter angegangen werden könnte. Das Beispiel Rentenreform zeigt indes, wie schwierig es in der aktuellen politischen Gemengelage ist, Reformen umzusetzen.

3 Zur Debatte um die Rentenreform

Klar ist, dass die Rentenfinanzen unter Druck stehen. Es kommen immer weniger junge Menschen nach, während die Menschen länger leben und dadurch die Bevölkerung immer älter wird. Derzeit erreichen jedes Jahr etwa 800.000 junge Leute das Erwerbsalter, während 1,2 Millionen Personen ins Rentenalter kommen.

Die steigende Lebenserwartung ist dabei ja an sich eine erfreuliche Entwicklung. Aber sie verändert das Zahlenverhältnis von Beitragszahlenden und Rentenbeziehenden. Bildlich gesprochen: Die Mannschaft an Deck wird kleiner, während die Zahl der Passagiere wächst.

Die Alterssicherungskommission hat nun eine überzeugende Antwort auf die finanziellen Herausforderungen durch die Alterung vorgelegt.[4] Unter anderem schlägt sie vor, das Rentenalter an die Lebenserwartung zu koppeln, also – um im Bild zu bleiben – das Alter, ab dem man das Tau aus der Hand legen darf, etwas in die Zukunft zu verschieben.

Das hat die Bundesbank schon vor Jahren vorgeschlagen. Wenn wir länger leben, müssen wir auch länger arbeiten. Konkret sieht das Konzept vor, die Regelaltersgrenze um zwei Drittel des Anstiegs der Lebenserwartung anzuheben.

Derzeit hören die meisten Beschäftigten allerdings schon vor der Regelaltersgrenze auf zu arbeiten. Besonders viele nutzen dabei die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren.

Diese Abschlagsfreiheit möchte die Kommission vollständig abschaffen und nur noch Härtefällen gewähren. Doch dagegen hat sich Widerstand formiert.

Sie wird häufig mit dem Argument gerechtfertigt, dass Menschen, die 45 Jahre körperlich hart gearbeitet haben, eine abschlagsfreie Rente „verdient“ hätten. Hier im Osten wird zudem argumentiert, dass viele Menschen kaum Vermögen angespart hätten. Was auch stimmt.[5]

Fakt ist jedoch, dass die abschlagsfreie Frührente überproportional oft von Versicherten mit hohen Rentenansprüchen in Anspruch genommen wird, die sich bester Gesundheit erfreuen.

Früher hieß es ja, wir Deutschen seien das Volk der Dichter und Denker. Aber in der Rentendiskussion wird bisweilen der Eindruck erweckt, wir seien ein Volk von Dachdeckern und

Fliesenlegern.

Natürlich gibt es Menschen, die über viele Jahre hinweg körperlich hart gearbeitet haben. Sie gehören jedoch nicht zu denjenigen, die von dieser Regelung typischerweise am stärksten profitieren.

Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, können anders unterstützt werden. Aber Menschen, die noch arbeiten können, sollten nicht durch finanzielle Anreize davon abgehalten werden.

Wer unbedingt vorzeitig in Rente gehen will, möge es tun. Aber bitte nicht auf Kosten der anderen Beitragszahlenden. Sondern mit angemessenen Abschlägen.

Ein weiterer zentraler Vorschlag der Rentenkommission ist die Einführung eines verpflichtenden kapitalgedeckten Bausteins nach schwedischem Vorbild.

Auch das halten wir für sehr sinnvoll, selbst wenn dadurch der Gesamtbeitragssatz vorübergehend steigt. Langfristig wird es sich auszahlen, die Renditechancen des Kapitalmarkts zu nutzen. Kurz- bis mittelfristig wird der Aufbau des Kapitalstocks die Beitragszahlenden allerdings zusätzlich belasten.

Umso wichtiger wäre es daher, dass der entlastende Effekt durch das Ende der abschlagsfreien Frührente kommt.

Sollte die Umsetzung des Rentenkonzepts an diesem Streitpunkt scheitern, wäre die Reformfähigkeit in Deutschland erheblich in Frage gestellt.

Wenn es jedoch gelingt, wäre dies nicht nur ein wichtiger Beitrag für die Nachhaltigkeit der Rentenfinanzen. Es würde auch die Wettbewerbsfähigkeit und die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsperspektiven verbessern.

4 Digitaler Euro

Meine Damen und Herren,

wie es mit unserem Land wirtschaftlich weitergeht, das haben wir nur zum Teil allein in der Hand. Denn als weltoffenes Land, als Handelsnation beeinflusst uns auch das, was um uns herum passiert, auf dem Land und auf See. Die Sperrung von Meerengen, Zölle, Kriege, all das wirkt sich nicht nur auf uns in Deutschland aus. Ganz Europa muss damit umgehen. Und wir tun gut daran, das gemeinsam zu tun.

Über die Handelspolitik wird zum Beispiel auf europäischer Ebene entschieden. Und die Geldpolitik wird einheitlich für den gesamten Euro-Raum gemacht. Denn für sich genommen ist jeder europäische Staat zu klein, um Einfluss zu haben im internationalen Machtspiel – auch Deutschland ist da zu klein.

In Anbetracht der globalen Herausforderungen müssen wir in Europa noch stärker zusammenarbeiten. Wir müssen es schaffen, die umfangreichen Ersparnisse leichter für Investitionen in Europa nutzbar zu machen. Stichwort Spar- und Investitionsunion. Ebenso dringend benötigen wir einen digitalen Binnenmarkt.

Das sind dicke Bretter – ich weiß.

Auch unsere digitale Infrastruktur hängt viel zu sehr von nicht-europäischen Anbietern ab. Um uns

nicht erpressbar zu machen, sollten wir Europäer unsere digitale Souveränität stärken.

Ein wichtiger Beitrag, den das Eurosystem in dieser Hinsicht leisten kann, ist die Einführung des digitalen Euro. Denn auch im Zahlungsverkehr ist Europa sehr abhängig von nicht-europäischen Dienstleistern und Systemen.

Mastercard, Visa, PayPal: Wenn Sie heute digital bezahlen, sind fast immer US-Unternehmen mit im Spiel.

Zahlungsverkehr gehört zur kritischen Infrastruktur. Das gilt für die Bargeldversorgung, die die Bundesbank mit ihrem Filialnetz sicherstellt, aber auch für den elektronischen Zahlungsverkehr.

Mit dem digitalen Euro werden wir diese Abhängigkeit verringern. Dies ist aber bei Weitem nicht der einzige Vorteil, den er bietet.

In der Praxis werden die meisten Menschen den digitalen Euro in eine digitale Geldbörse auf ihrem Handy laden. Sie werden damit in Geschäften bezahlen können, in Online-Shops bestellen oder sich gegenseitig Geldbeträge senden. Und das einfach, sicher und grenzüberschreitend im gesamten Euroraum.

Was ihn von anderen digitalen Zahlungsmitteln unterscheidet?

Während wir bei kommerziellen Anbietern häufig umfangreiche Datenspuren hinterlassen, werden beim digitalen Euro nur die notwendigsten Daten erfasst. Und wer den digitalen Euro offline benutzt, wird fast so anonym bezahlen wie mit Bargeld. Bei dieser Funktion fließen die digitalen Euros direkt von Gerät zu Gerät. Das ist auch praktisch, wenn mal der Strom ausfällt oder die Internetverbindung schlecht ist.

Zudem wird der digitale Euro für mehr Wettbewerb auf dem Markt für Zahlungsdienste sorgen. Das wird die Einzelhändler unter Ihnen freuen, die heute oft hohe Transaktionsgebühren für Kartenzahlungen berappen müssen.

Dass der digitale Euro in der breiten Öffentlichkeit noch nicht so bekannt ist, liegt daran, dass noch nicht final beschlossen ist, ihn einzuführen. Aber ich bin zuversichtlich, dass Brüssel noch in diesem Jahr zustimmen wird.

Da im Internet und auf Social Media die abenteuerlichsten Behauptungen kursieren, möchte ich hier Folgendes klarstellen:

Der digitale Euro dient nicht der Überwachung der Bürgerinnen und Bürger. Im Gegenteil: Der Schutz der Privatsphäre wird einen hohen Stellenwert haben – und einen höheren als bei vielen derzeit gängigen digitalen Bezahlösungen.

Er wird auch nicht programmierbar, sondern frei nutzbar sein. Trotzdem werden private Zahlungsdienstleister zusätzliche innovative Funktionen anbieten können; denkbar ist etwa eine automatische Fahrkartenerstattung, wenn der Zug ausfällt.

Der digitale Euro wird privatwirtschaftlichen europäischen Zahlungslösungen, insbesondere Wero, nicht das Wasser abgraben. Vielmehr können private Anbieter von der kostenlos bereitgestellten Infrastruktur profitieren und eigene Lösungen im gesamten Euroraum anbieten.

Und vor allem: Der digitale Euro wird das Bargeld nicht ersetzen, sondern ergänzen. Wer wie ich auch in Zukunft mit Scheinen und Münzen bezahlen möchte, wird das tun können.

Von 2029 an haben Sie eine zusätzliche Option zur Wahl!

Und dann können Sie vielleicht in ein paar Jahren bei der Spendensammlung der Jahresköste mit dem digitalen Euro bezahlen.

5 Schluss

Meine Damen und Herren,

das Stichwort Jahresköste erinnert mich daran, dass hier ein strenger Zeitplan gilt. Deshalb muss ich jetzt zum Ende kommen.

Einen kurzen Schlussgedanken erlauben Sie mir aber bitte noch.

Ich habe Verständnis dafür, dass Veränderung Sorge bereitet. Aber das darf nicht dazu führen, dass Veränderung partout verhindert wird.

Wenn wir wollen, dass unsere Sozialsysteme bezahlbar bleiben und die Wirtschaft wieder wettbewerbsfähiger und dynamischer wird, dürfen wir nicht stur am Bestehenden festhalten. Dann müssen wir zur Veränderung bereit sein, auch wenn sie mit Belastungen verbunden ist.

Ich bin überzeugt: Wenn die Menschen das Gefühl haben, dass unvermeidliche Belastungen gerecht verteilt werden, dann sind sie auch bereit, Reformen mitzutragen.

Auch beim Geldwesen dürfen wir uns nicht stur am Bestehenden festklammern. Wir müssen eine Antwort darauf finden, dass Bargeld immer weniger genutzt wird und im digitalen Raum gar nicht benutzt werden kann. Mit dem digitalen Euro bekommen wir die Möglichkeit, auch digital mit öffentlichem Geld zu bezahlen.

Bevor Sie mir jetzt aber noch etwas zahlen, damit ich aufhöre, tue ich es freiwillig und sage: Vielen Dank fürs Zuhören.

Fußnoten:

1. Statistisches Bundesamt (2026), Die Wirtschaft ist gewachsen.
2. Deutsche Bundesbank (2026), Deutschland-Prognose: Energiepreisschock treibt Teuerung an und bremst die Konjunkturerholung, Monatsbericht Juni.
3. Nagel, J. (2025), Wirtschaftspolitische Maßnahmen für mehr Wachstum in Deutschland, Rede in Berlin, 10. März.
4. Alterssicherungskommission (2026), Empfehlungen der Alterssicherungskommission, Deutsche Bundesbank (2026), Reform der Alterssicherung, Monatsbericht August.
5. Deutsche Bundesbank (2026), Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2023, Monatsbericht April 2025.

<https://www.bundesbank.de/de/presse/reden/mehr-dynamik-fuer-die-wirtschaft-1010440>